



Medienmitteilung Nr. 1218

Bern, 26. Juni 2024

Massnahmen des Bundes für Berggebiete völlig ungenügend

Der Bundesrat hat heute seine aktualisierte Strategie für die Berggebiete und ländlichen Räume vorgestellt. Die darin enthaltenen Massnahmen sind aus Sicht der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) völlig ungenügend. Der Auftrag des Parlamentes, einen Aktionsplan für die Berggebiete mit konkreten Massnahmen zu erarbeiten ist in keiner Art und Weise erfüllt.

Die Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume des Bundes geht auf einen Vorstoss des damaligen SAB-Präsidenten und Ständerates Theo Maissen zurück und wurde im Jahr 2015 durch den Bundesrat beschlossen. Damit die Strategie konkretisiert werden kann, forderte SAB-Direktor Thomas Egger im Jahr 2019 in seiner damaligen Funktion als Nationalrat einen Aktionsplan Berggebiete. Die entsprechende Motion wurde von National- und Ständerat deutlich überwiesen. Der Bundesrat hat nun heute die aktualisierte Strategie und seine Vorstellungen des Aktionsplanes präsentiert.

Die SAB unterstützt die gemeinsame und koordinierte Erarbeitung der Strategie für die Berggebiete und ländlichen Räume zusammen mit der Aktualisierung der Agglomerationspolitik. Das koordinierte Vorgehen liegt im Interesse der Zusammenarbeit von Stadt und damit einer kohärenten Raumentwicklung. Die nun aber für die Berggebiete und ländlichen Räume vorgeschlagenen Massnahmen sind völlig ungenügend. Der Bundesrat verzichtet darauf, einen spezifischen Aktionsplan für die Berggebiete zu präsentieren. Der Parlamentsauftrag ist damit klar nicht erfüllt. Der Aktionsplan wäre eine Chance gewesen, den wichtigen Beitrag der verschiedenen Sektoralpolitiken wie der Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Gesundheit zur Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume aufzuzeigen und diese stärker in die Pflicht zu nehmen.

Schlimmer noch: aktuell stehen spezifische Massnahmen für die Berggebiete und ländlichen Räume unter Druck. So soll zum Beispiel die Förderung der Beherbergungswirtschaft neu auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden. Damit würde eine wichtige Massnahme für die Berggebiete und insbesondere die Tourismusdestinationen im Alpenraum und Jurabogen verwässert und ihren Fokus verlieren. Zudem wurden für das Jahr 2024 die Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung bereits halbiert auf nur noch 12,5 Mio. Fr. und sollen in den Jahren 2025 und 2026 vollständig gestrichen werden. Weitere Kürzungen sind im Rahmen der aktuellen finanzpolitischen Debatten zu befürchten. Die SAB ist deshalb dezidiert der Auffassung, dass zusätzliche Ausgaben des Bundes nicht einseitig zu Lasten schwach gebundener Ausgaben wie der Regionalpolitik oder des Tourismus kompensiert werden dürfen, sondern dass auch die stark gebundenen Ausgaben sowie zusätzliche Einnahmequellen in Betracht gezogen werden müssen.

Die Kohärente Raumentwicklung und damit die Überwindung räumlicher Disparitäten und der oft von der Politik heraufbeschworenen Gräben muss für den Bund eine entsprechende Bedeutung haben und darf nicht abhängig sein von kurzfristigen finanziellen Entscheiden oder Bedenken.

Für Rückfragen:

- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 031 382 10 10